

Ein behinderndes System

Selten gelingt Menschen mit Behinderungen der Übergang in sozialversicherungspflichtige Jobs – denn der Wechsel ist stark vom Engagement der Arbeitgeber abhängig

Ich merke, dass meine Zukunft nicht in der Werkstatt liegt«, sagt Nina Buchholz bei einem Treffen in ihrer Altbauwohnung in Leipzig. Buchholz ist unzufrieden und frustriert. Sie ist Mitte zwanzig und hat ihr gesamtes berufliches Leben in einer der sechs Leipziger Werkstätten für Menschen mit Behinderung verbracht: Schon seit zehn Jahren ist sie dort beschäftigt. Nun möchte sie aus der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln. Doch es klappt nicht. Nina Buchholz heißt eigentlich anders, sie hat den Eindruck, »es kommt nicht gut an, wenn man rausmöchte aus der Werkstatt.«

In Sachsen arbeiten rund 16.000 Menschen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Ein Platz in so einer Werkstatt steht denjenigen zu, die nicht mindestens drei Stunden pro Tag auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können. Häufig kommen die Menschen direkt aus der Förderschule in die Werkstätten, so war es auch bei Nina Buchholz. Nach einem mehrwöchigen »Eingangsverfahren«, in dem festgestellt wird, ob die Werkstatt passend für die Person ist, folgt der »Berufsbildungsbereich«. Dort sollen die Menschen bestmöglich gefördert werden, so dass sich ihre Arbeitsfähigkeit verbessert. In der Theorie geht es danach so weiter: Die Menschen finden einen Job außerhalb der Werkstatt oder haben im nachfolgenden »Arbeitsbereich« der Werkstatt die Möglichkeit, ihre Arbeitsfähigkeit weiter zu entwickeln. Denn die Werkstätten haben die Verpflichtung, ihre Beschäftigten zu fördern und darauf hinzuwirken, dass sie diese verlassen können. In der Praxis wird der Arbeitsbereich der Werkstätten häufig zur Endstation: 2021 gelang insgesamt 22 Menschen in Sachsen der Übergang in einen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Ungefähr eine von tausend Personen schafft diesen Schritt. Bundesweit sieht es ähnlich aus.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gescheitert

Dabei hat Deutschland bereits 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit rechtlich dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung unter anderem mithilfe von Weiterbildungen Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu verschaffen. In der »Erfurter Erklärung« von Oktober 2022 erkennen die Inklusionsbeauftragten von Bund und Ländern angesichts der wenigen Übergänge aber an, dass es bisher »weitestgehend gescheitert« ist, diese Verpflichtung zu erfüllen.

Genau dieses Scheitern beschäftigt Nina Buchholz mittlerweile täglich: »Seit ein bis zwei Jahren ist das Thema sehr groß in meinem Kopf. Es ist ein sehr schwerwiegendes, prägendes Thema in meinem Leben.« Buchholz ärgert, dass andere Menschen in ihrem Alter eine Ausbildung machen, reisen oder studieren, während sie immer die gleichen, aus ihrer Sicht leichten Aufgaben verrichten soll: Buchholz schreddert zum Beispiel Papier. Diese monotone Arbeit löse bei ihr ein mulmiges Gefühl aus, erklärt sie und schiebt nach: »Die Werkstätten sind nicht unbedingt schlecht. Es gibt Leute, die nur die Werkstatt haben, für die die Werkstatt ausreicht. Aber für mich ist es eine Qual.« Der Wunsch nach beruflicher Veränderung kam bei ihr nicht plötzlich. Vor einiger Zeit ist sie aus dem Wohnheim in ihre eigene Wohnung gezogen, die Wände hat sie mit Fotos von Ausflügen geschmückt. Nun wünscht sie sich auch beruflich Selbstbestimmung.

Einer von rund zwanzig in Sachsen

Steven Wallner ist dagegen einer der wenigen, die es geschafft haben. Auf seinem Couchtisch liegt das Magazin der Leipziger Diakonie am Thonberg. In dieser Werkstatt für Menschen mit Behinderung war der 36-Jährige viele Jahre beschäftigt. »Durchgestartet«

prangt in fetten blauen Buchstaben über der aufgeschlagenen Seite, darunter sein Bild. Während Wallner erzählt, ist ihm anzumerken, wie stolz er ist. Er weiß, dass sein Weg eine Ausnahme darstellt.

Für Wallner entstand die Möglichkeit des Übergangs durch einen »Außenarbeitsplatz«. Auf diesen sind Menschen außerhalb der Werkstatt beschäftigt, bleiben aber weiterhin bei der Werkstatt angestellt. In Wallners Fall bedeutete das, einen Teil der Woche im Büro des Vereins »Leben mit Handicaps« zu arbeiten und Texte in Leichter Sprache zu prüfen. Der Verein schuf 2018 den Außenarbeitsplatz für ihn, nachdem er sich zuvor bei der Bearbeitung seiner Aufträge in der Werkstatt seit 2014 bewiesen hatte. »Durch den Platz wurde mir bewusst, dass es mir auch liegt, etwas anderes zu machen, außer immer dieselben Dinge in der Werkstatt.« Seit März 2022 ist Wallner nicht mehr bei der Werkstatt beschäftigt, sondern fester Mitarbeiter des Vereins.

Außenarbeitsplätze als (vertane) Chance

Für viele Werkstattbeschäftigte folgt diese Veränderung aber nicht. Der Außenarbeitsplatz wird häufig zur Dauerlösung, kritisiert der Sprecherrat der Werkstattträte Sachsens. Außenarbeitsplätze ermöglichen zwar, sich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuprobieren, allerdings führten sie dort häufig nicht zu einem Arbeitsverhältnis. »Den Schritt, Verantwortung für die Beschäftigten zu übernehmen und auch entsprechend zu zahlen, gehen viele Arbeitgeber dann doch nicht«, heißt es vom Sprecherrat. Für den sächsischen Inklusionsbeauftragten Michael Welsch liegt das unter anderem daran, dass die Befristung von Außenarbeitsplätzen 2009 aufgehoben wurde: »Arbeitgeber müssten diesen Schritt gehen, um zu merken, dass es funktioniert. Die Möglichkeit, Außenarbeitsplätze dauerhaft einzuführen, ist da kontraproduktiv.« Dazu kommt, dass Arbeitgeber für Außenarbeitsplätze weder Mindestlohn noch Sozialversicherung bezahlen. Und fällt der Beschäftigte aus, schickt die Werkstatt Ersatz.

Mehrere sächsische Werkstätten für Menschen mit Behinderungen bestätigen die Problematik: Trotz zahlreicher Außenarbeitsplätze haben sie seit Jahren keinen einzigen Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzuweisen.

Anders die Diakonie am Thonberg in Leipzig: Hier ist man stolz, dass mehrere Personen die Werkstatt 2022 verlassen konnten, unter ihnen Wallner. Bei ihm hat die Diakonie aber wenig beigetragen, erklärt Katrin Kraetzig, Leiterin im Bereich Körperbehinderung: »Der Verein hat gesagt: ›Wir möchten Steven jetzt in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit haben.‹ Wir haben nicht viel vorbereitet als Werkstatt.«

Dass Wallner heute bei Leben mit Handicaps angestellt ist, liegt vor allem am Engagement seiner neuen Chefin Anja Seidel. Ihr ging es um die Anerkennung seiner Leistung: »Auf dem Außenarbeitsplatz wurde er als Sachkosten abgerechnet, quasi wie Bleistifte und Notizblöcke. Was unangenehm ist, weil die Wertschätzung nicht deutlich wird.«

Den Übergang einzuleiten, war für Wallner und Seidels Team aber mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden: Sozialversicherung, Rentenansprüche, Arbeitsassistenz. Als alle Fragen geklärt waren und Seidel der Diakonie mitteilte, dass der Verein ihn anstellen wird, nahm sie die erste Reaktion der Werkstatt als überrascht und eher verhalten wahr. Das habe ihr deutlich gemacht: »Sie möchten ihn nicht gehen lassen. Er ist derjenige, der viel Leistung bringt. Das ist wichtig für die Werkstätten.«

Die Diakonie verneint das. Es sei nie darum gegangen, Wallner diese Chance zu verwehren. Katrin Kraetzig begründet die überraschte Reaktion mit der ungewöhnlich hohen Eigeninitiative des

Arbeitgebers: »Der Zeitraum bis zum Wechsel war kurz. Für uns ist das neu gewesen, dass die Firma sagt: »Wir wollen das jetzt ändern, und zwar schnell.«

Auch die Werkstätten müssen wirtschaften

Dennoch hört man in der aktuellen Debatte häufig, dass Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ihre Leistungsträgerinnen und Leistungsträger nicht ziehen lassen möchten. Auch ein Forschungsprojekt der Universitäten Gießen und Eichstätt-Ingolstadt, gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, kommt zu diesem Zwischenergebnis. In einem Bericht über das Projekt heißt es, dass Werkstätten ein besonderes Interesse daran hätten, Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in ihren Einrichtungen zu halten, weil sie neben dem Auftrag von Rehabilitation und Inklusion auch dem der Wirtschaftlichkeit folgen. Dass Werkstätten auch Wirtschaftsunternehmen sind, die Aufträge erfüllen und ihre Zahlen erreichen müssen: Förderlich, um die Übergänge zu erhöhen, ist das demnach nicht.

Verschiedene Werkstattleitungen aus Leipzig sehen das Problem jedoch an anderer Stelle: Man habe den Willen zu vermitteln, aber keine ausreichenden personellen und finanziellen Mittel. Durchschnittlich erhalten sächsische Werkstätten etwa 4.000 Euro weniger pro Jahr und Leistungsberechtigtem als im Bundesdurchschnitt. Die zuständige Staatsministerin Petra Köpping teilt auf Nachfrage mit, dass die Werkstätten für ihre Aufgaben eine angemessene Vergütung erhielten und es an ihnen sei, die Angebote der Integrationsfachdienste anzunehmen. Und auch der Integrationsfachdienst für Leipzig sieht sich personell gut aufgestellt, um Übergänge zu begleiten. Während man sich die Verantwortung zwischen Politik und Werkstätten gegenseitig zuschiebt, stehen Betroffene wie Nina Buchholz oft alleine da.

Arbeitssuche mit Lese-Rechtschreib-Schwäche

In der Werkstatt sagt man Buchholz, sobald sich eine Möglichkeit ergebe, werde man sie unterstützen. Darum soll sie sich aber selbst kümmern: »Das ist anstrengend, vor allem mit Lese-Rechtschreib-Schwäche.« In der Pflicht wäre hier der Integrationsfachdienst. Ein Problem sieht Buchholz auch darin, dass Arbeitgeber und Gesellschaft Men-

schen mit Behinderung gar nicht wahrnehmen würden: »Es müssten mehr Leute und Betriebe in die Werkstätten kommen und sich das anschauen. Vielleicht würde sich dann die Denkweise ändern.« Darauf warten will sie aber nicht, sie bemüht sich derzeit auf eigene Faust um Jobs: »Ich versuche, Bewerbungen zu schreiben, und führe viele Gespräche. Das sind große Schritte für mich.«

Damit ihre Schritte sie auf den allgemeinen Arbeitsmarkt führen, sind Menschen wie Nina Buchholz oder Steven Wallner letztendlich auf ein engagiertes Zusammenspiel verschiedener Akteure angewiesen. Wallner hat sein Ziel erreicht und einen Job gefunden, der ihn glücklich macht. Für Buchholz steht fest, dass sie langfristig nicht mehr in einer Werkstatt arbeiten will. Ihr Ziel der beruflichen Selbstbestimmung hat sie noch nicht erreicht. Bei einem letzten Gespräch mit uns seufzt sie: »Leider fühlt es sich gerade an wie eine Sackgasse.« MARGARETA HOLZREITER, DARIUSH MOVAHEDIAN & FRIEDERIKE STREIB

■ Dieser Text erscheint in Kooperation mit dem Recherche-Seminar des Master-Studiengangs Journalismus an der Universität Leipzig.

Was wird in Leipziger Werkstätten für Menschen mit Behinderung gemacht?

Menschen mit Behinderung stellen unterschiedliche Produkte her oder verarbeiten sie weiter. So werden beispielsweise Gewürze in kleinere Kartons umgepackt, Lattenroste zusammengesteckt oder Scharniere gefräst. In einigen Werkstätten werden im Ausbildungsbereich auch Holzprodukte, wie Xylophone oder Mobiles für Babys, gefertigt.

Das Leipziger »Willkommenspaket«, das man bei der Anmeldung in der Stadt erhält, wird auch in einer Leipziger Werkstatt für Menschen mit Behinderungen produziert. Außerdem sind Leipziger Werkstattangehörige an Außenarbeitsplätzen tätig – zum Beispiel in der Logistik der Sternburg-Brauerei, in der Landschaftspflege im Zoo oder in einer Mensa des Studentenwerks.

ANZEIGE



tapir
SSV
AB
21. JULI

tapir - Leipzigs Outdoor- und Reisefachgeschäft

Georgiring 4-7 | 04103 Leipzig | Mo – Fr 11 – 19 Uhr, Sa 10 – 18 Uhr | www.tapir-store.de